Niederschrift

über die 36. Tagung des Hauptausschusses der Stadt Haldensleben am 19.04.2012, von 17:00 Uhr bis 19.35 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 15.03.2012
4. Beschluss nach § 125 Abs. 2 BauGB - Parkplätze „Lindenallee“ in Haldensleben -
Vorlage: 219-(V.)/2012
5. Beschluss zur Einleitung einer 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet V",
Haldensleben - Vorlage: 221-(V.)/2012
6. Beschluss einer Satzung über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes
"Gewerbegebiet V", Haldensleben - Vorlage: 222-(V.)/2012
7. Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes "Fläche für Erneuerbare Energien/ Photovoltaik Depo-
nie Bornsche Straße", Haldensleben, mit städtebaulichem Vertrag - Vorlage: 223-(V.)/2012
8. Beschluss zur öffentlichen Auslage und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher
Belange zur 4. Änderung des Bebauungsplanes "Bülstringer Straße/ Satueller Straße", Haldensleben -
Vorlage: 224-(V.)/2012
9. Beschluss zur öffentlichen Auslage und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher
Belange zur Neufassung des Flächennutzungsplanes der Stadt Haldensleben - Vorlage: 225-(V.)/2012
10. Beschluss zur öffentlichen Auslegung und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentli-
cher Belange zur 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Dammühlenweg", Haldensleben -
Vorlage: 226-(V.)/2012
11. Aufwandsspaltung für die Tiefbaumaßnahmen in der "Lindenallee" in Haldensleben –
Vorlage: 215-(V.)/2012
12. Mitteilungen
13. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

14. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 15.03.2012
15. Sanierungsmaßnahme
16. Auftragsvergaben
17. Mitteilungen
18. Anfragen und Anregungen

Öffentlicher Teil:

zu TOP 1

Da Bürgermeister Eichler dienstlich verhindert ist, wird die heutige Sitzung vom stellvertretenden Bürgermeister Herrn Otto geleitet. Er eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben; es sind 8 Ausschussmitglieder anwesend (Stadträtin Schünemann wird von Stadtrat Resch und Stadtrat Ostheer von Stadtrat Schmidt vertreten).

zu TOP 2

Stadträtin Blenkle stellt den Antrag, die Beschlussvorlage SR 223-(V.)/2012 - Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes „Fläche für Erneuerbare Energien/Photovoltaik Deponie Bornsche Straße“, Haldensleben, mit städtebaulichem Vertrag“ – **TOP 7** – auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu setzen, da der Bauausschuss diese Vorlage noch nicht behandelte.

Der Änderungsantrag wird angenommen. Damit wird der **TOP 7** von der heutigen Tagesordnung **abgesetzt**.

zu TOP 3

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die Tagung vom 15.03.2012 wird angenommen.

zu TOP 4 **Vorlage: 219-(V.)/2012**

Dezernent Otto gibt die Abstimmungsergebnisse der Ortschaftsräte und der betreffenden Ausschüsse bekannt:

OR Satuelle	1 x ja, 5 x nein
OR Uthmöden	5 x ja
ULFA	6 x ja
Bauausschuss	4 x ja

Der OR Satuelle begründete seine Ablehnung damit, weil er auf dem Standpunkt stehe, dass generell keine Beitragserhebung erfolgen sollte.

Stadtrat Zeymer merkt an, dass er die Anlage 2 (Lageplan) zur Beschlussvorlage für überflüssig halte, weil auf dem Lageplan die Stellplätze nicht zu erkennen sind; sie hätten hervorgehoben werden müssen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Haldensleben, die Beschlussfassung, wie in der Beschlussvorlage 219-(V.)/2012 formuliert, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 8 x ja

zu TOP 5 **Vorlage: 221-(V.)/2012**

Der OR Uthmöden hat seine Empfehlung mit 6 Ja-Stimmen ausgesprochen; ebenso der Bauausschuss mit 4 –Ja-Stimmen.

*Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Haldensleben, die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet V, Haldensleben“, einzuleiten.
Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu geben.*

Abstimmungsergebnis: 8 x ja

zu TOP 6 **Vorlage: 222-(V.)/2012**

Der OR Uthmöden empfiehlt die Beschlussvorlage SR 222-(V.)/2012 mit 6 Ja-Stimmen; der Bauausschuss mit 4 Ja-Stimmen.

*Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Haldensleben, die Satzung über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet V, Haldensleben“, zu beschließen.
Der Beschluss und die Satzung sind ortsüblich bekannt zu geben.*

Abstimmungsergebnis: 7 x ja, 1 x Stimmenthaltung

zu TOP 7 **Vorlage: 223-(V.)/2012**

Diese Beschlussvorlage wird auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 24. Mai 2012 gesetzt.

zu TOP 8 **Vorlage: 224-(V.)/2012**

Der OR Uthmöden empfiehlt die Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen.

Der Bauausschuss hat seine Empfehlung mit 3 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme ausgesprochen.

Stadtrat Zeymer erkundigt sich, was auf der linken Seite gegenüber der Gärtnerei Neumann vorgesehen ist.

Dort ist bereits eine Bebauung gegeben, so dass planungsrechtlich eine Situation nach § 34 BauGB gegeben ist. Es werde kein separates Baurecht benötigt. Die Lücken (zum Innenbereich gehörend) können bebaut werden, antwortet **Dezernent Otto**.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Haldensleben, die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Bülstringer Straße/Satueller Straße“ zu beschließen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: 7 x ja, 1 x nein

zu TOP 9 **Vorlage: 225-(V.)/2012**

Der OR Uthmöden hat seine Empfehlung mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme ausgesprochen.

Der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussvorlage SR 225-(V.)/2012 mit der Änderung (Antrag Fraktion FW/pro Althaldensleben), dass die Luthersiedlung als Baugebietsausweisung im FNP aufgenommen wird. Darüber ist mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung abgestimmt worden.

Dezernent Otto führt aus, dass die Ausweisung der Luthersiedlung bisher im FNP ausdrücklich nicht vorgesehen worden ist. In den letzten Jahren ist massiv versucht worden, die Bebauung im Außenbereich nicht weiter auszudehnen. Die Bestrebungen gehen dahin, in den vorhandenen Lücken sowohl Wohnbau- als auch Gewerbeflächen zu schaffen, um insgesamt eine möglichst kompakte Situation für die Stadt herzustellen. Auf diese Art und Weise soll zum einen erreicht werden, was zumindest die Wohnbebauung betreffe, die Menschen möglichst dicht zusammen zu führen, um damit die Geselligkeit der Stadt zu steigern und zum anderen keine Ausdehnung der Infrastruktur, um somit auch die Unterhaltungskosten auf Dauer so gering wie möglich zu halten. Anmerken möchte er, dass die Bülstringer Straße eine der wesentlichen Einfallstraßen für die Stadt ist, die gut ausgebaut ist und über eine entsprechende Infrastruktur verfügt. Hier ist es sinnvoll/ratsam, die vorhandenen angrenzenden noch unbebauten Grundstücke zu bebauen.

Wenn aber dazu übergegangen wird, die in der Luthersiedlung oder die in der Dessauer Straße vorhandenen Wochenendgrundstücke zukünftig als Wohnbaugrundstücke auszuweisen, dann wird die Stadt in die Erschließungspflicht kommen, d. h., dass dann in der Lutherstraße z. B. eine Erschließung vorgenommen werden müsste, die bisher noch nicht erfolgte und dadurch die dauerhaften Unterhaltungskosten zunehmen würden. Daher sollte nicht in die äußeren Bereiche gegangen werden. Die bisherige strategische Zielstellung der Verwaltung ist, die Stadt kompakter zu machen. Außerdem gibt es in der Luthersiedlung wie auch in der Dessauer Straße Grundstücke, die nicht nur als Wochenendgrundstücke festgesetzt wurden, sondern auch als solche genutzt werden. Auf die entsprechenden Grundstückseigentümer würde ebenso ein Erschließungsbeitrag (90 %) zukommen. Das möchte er zu bedenken geben. Die Flächennutzungsplanung sollte dazu dienen, die Grundzüge einer optimierten, wünschenswerten Planung zukünftiger Bebauung zu beschreiben und nicht unglückliche Entwicklungen aus der Vergangenheit festzuschreiben und zu legalisieren.

Stadträtin Blenkle dazu –

Der Ursprung ist, warum sie im gestrigen Bauausschuss im Auftrag ihrer Fraktion die Anträge stellte, dass diverse Grundstückseigentümer aus den jeweils angesprochenen Gebieten in ihrer Fraktion vorstellig wurden und darüber gesprochen wurde, warum diese Zustände so erhalten werden. Zum Beispiel im Baugebiet Dessauer Straße sind in DDR-Zeiten Häuser mit einer Bauverfügung gebaut worden, die aber als Wochenendgrundstücke dargestellt wurden. Ebenso gibt es in der Luthersiedlung eine Wohnbebauung aus DDR-Zeiten bzw. die Umnutzung von Gartenhäusern in Wohnhäuser. Mit dem gestellten Antrag im Bauausschuss soll ein städtebaulicher Misstand abgewandt werden → Legalisierung.

Was die Argumentation der Zersiedlung im Außenbereich betreffe – vorab ist gerade die Beschlussvorlage „Bebauung der Bülstringer Str./Satueller Str.“ beschlossen worden. In einem Bereich wird die Wohnbebauung zugelassen und in einem anderen kommt die Argumentation des Außenbereiches, was sie nicht nachvollziehen kann. Daher sind im gestrigen Bauausschuss die beiden Anträge gestellt worden. Die Aufnahme der Luthersiedlung in den FNP ist empfohlen worden; leider ist der Antrag hinsichtlich der Dessauer Str. abgelehnt worden. Sie möchte trotzdem, dass über die Beschlussvorlage mit der geänderten Empfehlung durch den Bauausschuss abgestimmt wird, und zwar die Aufnahme der Luthersiedlung in den FNP als Baugebiet und nicht als Wochenendhaussiedlung.

Für **Stadtrat Zeymer** ist nicht das Hauptargument, dass jemand in den vorgenannten Bereichen bauen möchte. Ihm gehe es darum, dort Rechtssicherheit zu schaffen (sie haben keine Straßenreinigung, keine ordentliche Straße). Für ihn ist das Entscheidende, eine andere Rechtsstellung zu bekommen. Seine Frage ist, ob es eine andere Möglichkeit der Legalisierung gibt.

Stadträtin Schulz erinnert sich, dass bereits vor einigen Jahren diese Problematik schon einmal ein Thema war. Es ist darüber diskutiert worden, dass die dortige Situation eigentlich nicht rechtens ist. Wenn heute darüber gesprochen wird, dass diverse Leute eine Legalisierung möchten, dann könnte sie ebenso gut sagen, dass andere nicht dafür sind. Die Luthersiedlung einfach in den FNP aufzunehmen, ohne sich vorher nochmals mit der Rechtsgrundlage beschäftigt zu haben, das halte sie für verfrüht. Daher wäre ihr Vorschlag, sich der Sache nochmals anzunehmen.

Hinsichtlich der Luthersiedlung interessiert **Stadtrat Kapischka** das Nutzungsverhältnis Wohnhaus /Wochenendhaus, worauf **Stadtrat Zeymer** einwirft, dass dort relativ viele wohnen. Auf jedem Grundstück stehe eine Haus; ob dort dauerhaft oder nur am Wochenende gewohnt wird, kann nicht gesagt werden.

Stadtrat Neuzerling verweist darauf, dass bekannt ist, dass seit mehreren Jahrzehnten Kleingartensiedlungen hin und wieder legalisiert worden sind. Grundsätzlich halte er es für falsch, wenn man diesen Dingen nachgeht. Seines Erachtens bestehe keine Problematik zu überbrücken, denn die Leute, die dort wohnen, müssen mit den Zuständen, die sie sich selbst geschaffen haben, zurechtkommen. Er denkt, dass dem Einhalt geboten werden muss. Der derzeit bestehende Zustand wird nicht mehr umgebrochen werden können.

Dezernent Otto – Die Situation wie in der Luthersiedlung ist auch in anderen Städten gegeben. Vor allem zu DDR-Zeiten war es Gang und gebe, dass irgendwo gebaut wurde. Erst war es eine Hütte, dann ein Haus und irgendwann war eine ordentliche Straße und eine Ver- und Entsorgung gewollt. Das Ganze funktionierte nicht. Nicht nur die Häuser in der Luthersiedlung, sondern auch die in der Dessauer Straße in Richtung Satuelle fahrend (Häuser rechts oben am Waldrand) werden vollwertig als Wohnhäuser genutzt. Alle diese Nutzer haben ein Nutzungsrecht, sie haben Bestandsschutz. Jedenfalls die, die zu DDR-Zeiten oder früher für ihr Vorhaben eine Baugenehmigung eingereicht haben. Sie können ihr Haus reparieren, aber nicht erweitern. Diejenigen, die keine Baugenehmigung hatten, müssten damit rechnen, dass sie vom Landkreis eine Abrissverfügung bekommen, die z. B. zur Vollziehung ausgesetzt wird, bis der, der das Gebäude nutzt, verstorben ist. Es sollte kein unrechtmäßiger Zustand an die Erben weitergegeben werden, was gute Gründe hat. Die Kehrseite ist, dass die Stadt außerhalb der vorhandenen Besiedlung eine Infrastruktur schaffen müsste. Für den Bereich, den Frau Blenkle ‚Am Großen Werder‘ angesprochen hat, liege ein Bebauungsplan vor. Dieser Bebauungsplan hat damals den Leuten das Recht gegeben, zu bauen. Diese Grundstücke liegen in einem Gebiet, die letztendlich im Zuge des Umlenungsverfahrens nur angemessen berücksichtigt werden können, wenn sie auf derzeitiger Rechtslage und mit Baugenehmigung gebaut worden sind und diese Rechtslage unangetastet bleibt. Unabhängig davon, wer Eigentümer des Grundstückes ist, muss sich darauf berufen werden, dass dieses Grundstück rechtmäßig in einem Wohnbaugebiet liegt. Überall dort, wo in der Vergangenheit und bis heute aber Wochenendhaussiedlungen vorhanden sind, sollen sie auch bleiben. Es soll nicht zu einer Legalisierung kommen, nur weil sich Leute in einer Wochenendhaussiedlung Eigenheime geschaffen haben. Das ist die Position der Verwaltung; letztendlich auch aus den Erwägungen heraus, die hinreichend in der gestrigen Bauausschusssitzung erörtert worden sind. Er bittet das für die Empfehlung an den Stadtrat zu berücksichtigen.

Stadträtin Blenkle – Die Ausführungen von Herrn Otto muss sie in mehreren Punkten widersprechen. Es ist von einer zurückgehenden Einwohnerzahl gesprochen worden, dann muss sie sich fragen, woher die angeführte Zahl kommt (517 Einwohner mehr). Zu den Grundstücken ‚Am Großen Werder‘, dass sie im Zuge des Umlenungsverfahrens legalisiert werden mussten, dem kann sie nicht zustimmen. Gerade dort hat es Probleme im Zuge des Umlenungsverfahrens mit einem Eigentümer gegeben. Es ist eine Umgehungsstraße gebaut worden und seit 12 Jahren ist die Grundstücksfrage von der Stadt immer noch nicht geklärt worden. Die Legalisierung von Wochenendgrundstücken hat sehr wohl in den letzten 22 Jahren stattgefunden. Sie kenne den Benitz noch

als Naturschutzgebiet und innerhalb der letzten 22 Jahre sind Bereiche des Benitz in ein Wohngebiet umgewandelt worden, was für sie schon „das Messen mit zweierlei Maß“ darstelle. In der Dessauer Straße ist auch auf der rechten Seite des Kanals mit einer Baugenehmigung gebaut worden; teilweise erfolgten auch Erschließungsmaßnahmen. Da muss sie sich fragen, warum das gesamte Gebiet komplett als Wochenendgrundstück ausgewiesen wird.

Dezernent Otto – Es ist richtig, dass es Baugenehmigungen für einzelne Häuser gibt, was er gerade selbst sagte. Er sagte aber auch, dass diese Baugenehmigungen rechtmäßiger Weise nie hätten erteilt werden dürfen. Natürlich muss auf den Bestandsschutz der Einzelgrundstücke geachtet werden, der sich aus der Rechtslage ergibt. Das Planungsrecht für die Zukunft soll sein, die Probleme aus der Vergangenheit nicht zu verstärken. In den Siedlungen der Stadt Haldensleben sind genügend Lücken an einer gut hergerichteten Infrastruktur vorhanden, die erst einmal erschlossen werden sollten, bevor in den Außenbereich gegangen wird.

Stadtrat Resch denkt, dass die Luthersiedlung außerhalb des FNP liegen sollte. Er habe vor ca. 20 Jahren mit dieser Sache zu tun gehabt, da es sich um Kirchenbesitz handelte. Es gab damals eine Gruppe von 3 Männern, mit denen er verhandelte. Nach seiner Ansicht müsste mit den Betroffenen gesprochen werden, ob sie sich noch einig sind; damals waren sie es und haben die Flächen gekauft. Wenn mit den Leuten gesprochen wurde und alles klar ist, dann kann überlegt werden, ob eine Aufnahme in den FNP erfolgen soll oder nicht.

Dezernent Otto verweist auf die öffentliche Auslage der Neufassung des FNP. Sinn und Zweck des Verfahrens ist, dass sich die Betroffenen zu Wort melden müssen und das sollte abgewartet werden.

Stadträtin Blenkle bittet um Abstimmung.

Es folgt die Abstimmung über den im Bauausschuss gestellten Antrag von Seiten der Fraktion FW/pro Althaldensleben → Ausweisung der Luthersiedlung im FNP als Wohngebiet.

Abstimmungsergebnis: 3 x ja, 4 x nein, 1 x Stimmenthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Haldensleben, den Entwurf der Neufassung des Flächennutzungsplanes der Stadt Haldensleben mit seinen Ortsteilen Hundisburg, Satuelle, Uthmöden und Wedringen (einschließlich Begründung und Umweltbericht) öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 4 x ja, 3 x nein, 1 x Stimmenthaltung

zu TOP 10 Vorlage: 226-(V.)/2012

Der OR Uthmöden hat seine Empfehlung mit 6 Ja-Stimmen ausgesprochen.

Der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussvorlage SR 226-(V.)/2012 mit 4 Ja-Stimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Haldensleben, den Entwurf der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Dammühlenweg“ öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 8 x ja

zu TOP 11 Vorlage: 215-(V.)/2012

Der OR Satuelle lehnte die Beschlussvorlage SR 215-(V.)/2012 mit 1 Ja-Stimme und 5 Nein-Stimmen ab.

Der OR Uthmöden hat seine Empfehlung mit 5 Ja-Stimmen ausgesprochen; ebenso der Bauausschuss mit 4 Ja-Stimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Haldensleben, die Aufwandsspaltung für die Tiefbaumaßnahmen in der „Lindentallee“ in Haldensleben, wie in der Anlage 1 zur Beschlussvorlage formuliert, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 8 x ja

zu TOP 12 Mitteilungen

Dezernent Otto geht auf den TOP 12 der Niederschrift über die Tagung des Hauptausschusses am 15.03.2012 ein. Es ging um den Antrag auf Stundung des Vorausleistungsbetrages für die Straßenbaubeitragsmaßnahmen in der Kolonie. Nach der Dienstanweisung können bis zu 48 Monatsraten gewährt werden. Herr Neuzerling hatte nachgefragt, um welche Dienstanweisung es sich handle.

Es handelt sich um die **Dienstanweisung über Stundung, Niederschlagung und Erlass sowie Vergleich von Forderungen der Stadt Haldensleben einschließlich der 1. Änderung vom 25.02.2004**.

Die konkrete Formulierung unter 3.1.2 lautet: „Bei Gewährung der Stundungen sind schriftlich mindestens ihre Dauer, der gestundete Betrag ggf. mit Spezifikation (wie z. B. Fälligkeitsdatum, Bescheiddatum), die Verzinsung und sonstige Bedingungen, wie etwa zu erbringende Sicherheitsleistungen, festzulegen. Stundungen dürfen grundsätzlich nur unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gewährt werden. Der gesamte Stundungszeitraum soll zwei Jahre nicht überschreiten.“

Wenn es ausnahmsweise keine wiederkehrenden Forderungen sind, dann kann der Stundungszeitraum auch bis zu 4 Jahre festgelegt werden (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 Zwangsversteigerungsgesetz); denn es muss eine entsprechende Sicherheit bestehen.

zu TOP 13 Anfragen und Anregungen

- 13.1 **Stadtrat Zeymer** nahm an einer Sportlerversammlung teil, in der er auf die Umgestaltung der Sporthalle in der Zollstraße angesprochen wurde; einige sollen schon Bau-/Umgestaltungspläne gesehen haben, die nur noch 4 Umkleidekabinen beinhalten. Sollte es diese Pläne geben, dann sollten sie auch schnellstens im Bauausschuss vorgestellt werden, bevor wieder etwas umgesetzt wird, was hinterher nicht mehr geändert werden kann.

Die von Stadtrat Zeymer angesprochenen Pläne kenne **Dezernent Otto** nicht. Es kommt vor, dass hin und wieder eine so genannte „Schubladenplanung“ erstellt wird, damit im Zweifelsfall etwas vorgelegt werden kann, auch wenn es um Fördermittel gehe. Bisher werde immer so verfahren, dass die Vorplanung, wenn es in absehbarer Zeit zur Bauantragstellung kommen soll, in die entsprechenden Ausschüsse eingebracht wird.

Für **Stadtrat Zeymer** muss es doch möglich sein, wenigstens eine Skizze dem Bauausschuss vorlegen zu können.

Dezernent Otto sichert zu, dass eine rechtzeitige Vorstellung erfolge, sowohl im Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss als auch im Bauausschuss, wenn es eine feststehende Planung gibt.

- 13.2 Des Weiteren fragt **Stadtrat Zeymer**, ob es vorstellbar wäre, dass die jeweiligen Fraktionen des Stadtrates 1 Exemplar der Kommentierung zur GO LSA erhalten, was die Arbeit erleichtern würde.

Dezernent Otto verweist auf die vorhandenen Exemplare in der Stadtverwaltung. Alle Kommentare stehen den Stadträten zur Verfügung.

Stadträtin Blenkle gibt zu bedenken, dass die Stadträte zum größten Teil in ihrer Freizeit der Stadtratsarbeit nachkommen. Bei ihr ist es oftmals so, dass sie erst abends Dinge bearbeiten kann und wenn es 19.00 Uhr oder 20.00 Uhr ist, dann habe die Verwaltung nicht mehr geöffnet. Vielleicht ist es doch möglich, 2 oder 3 Exemplare zur Verfügung zu stellen, die sich ausgeliehen und untereinander ausgetauscht werden können. Die Arbeitszeit der Verwaltung ist nicht kompatibel mit der ehrenamtlichen Tätigkeit der Stadträte.

Die Auffassung von **Stadträtin Schulz** ist, dass sich die Fraktionen durchaus leisten können, sich die Kommentare selbst anzuschaffen und verweist auf die Aufwandsentschädigungen, die die Stadträte erhalten. Sie sehe in den Äußerungen von Frau Blenkle (Freizeit und Arbeit) einen Widerspruch, weil al-

les mit finanziellen Mitteln verbunden ist. Warum mussten eine Sondersitzung und nochmals eine Teilung des Bauausschusses erfolgen. Sie denke auch dabei an den heutigen Presseartikel, in dem es darum geht, die Ortsratssitzungen zu reduzieren. Der OR Uthmöden selbst habe versucht, nur ¼ jährlich zu tagen, was nicht möglich ist; es muss teilweise monatlich getagt werden. Die Verwaltung hat ihre Arbeitszeiten, ebenso wie die Stadträte, aber mit diesem Ehrenamt sind nun einmal „Freizeitopfer“ verbunden.

Stadtrat Neuzerling hat sich einen Kommentar zur GO LSA selbst gekauft. Doch er musste feststellen, dass es zwischenzeitlich wieder Änderungen gegeben hat und somit diese Ausführung überholt ist. Er kann sich vorstellen, dass 1 bis 2 Exemplare in der Stadtverwaltung hinterlegt werden, die sich dann die Fraktionen ausleihen können. Er denke auch, dass für die Stadträte nur zum Teil die Möglichkeit bestehe, sich außerhalb der normalen Arbeitszeit mit Stadtratsarbeit zu beschäftigen.

Stadtrat Kapischka stimmt dem grundsätzlich zu, dass es sinnvoll ist, in die entsprechenden Kommentare Einsicht zu nehmen. Er halte allerdings auch für unpraktikabel zu sagen – zu den Dienstzeiten der Stadt Einsicht zu nehmen. Es sollten 2 Exemplare zur Verfügung stehen, die sich dann ausgeliehen werden können oder die Fraktionen beschaffen sich die Kommentare selbst.

Dezernent Otto kann sich vorstellen, dass 2 Exemplare im Büro des Stadtrates hinterlegt werden. Bei Bedarf erfolge eine Hinterlegung im Postfach. Für die nicht Berufstätigen kann jederzeit tagsüber die Verwaltung aufgesucht und in die Exemplare der Stadtverwaltung eingesehen werden.

Mit der von Dezernent Otto vorgeschlagenen Variante erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Stadträtin Blenke spricht Stadträtin Schulz an und führt folgendes aus - Wenn Herr Czernitzki etwas von der Tagesordnung herunternimmt, dann greife auch kein anderer ein. Sie lasse sich von Frau Schulz nicht hereinreden, wann sie ihre Sitzungen einberufe.

Weiter möchte sie klarstellen, dass ihre Fraktion keine Partei im Hintergrund hat und auch kein Landtagsbüro. Es wird weder die private Technik genutzt noch werden private finanzielle Mittel verwendet. Die Parteien bekommen keine Unterstützung. Die gleiche Diskussion ist auch im Stadtrat geführt worden. Es ist argumentiert worden, dass die Stadträte genügend Aufwandsentschädigung bekommen. Hierzu möchte sie anmerken, dass die Stadträte der Stadt Haldensleben die geringste Aufwandsentschädigung im Land Sachsen-Anhalt erhalten.

- 13.3 An **Stadtrat Kondratjuk** sind in einer Fraktionssitzung Fragen gerichtet worden, die die Beschlüsse des 2. BA MGH betreffen. Er konnte darauf nicht antworten, weil ihm die Informationen fehlten und auch keine Einladung zu einer Beratung im Rathaus bekommen hat. Er fragt nach, ob das richtig ist, dass bestimmte Beschlüsse in einem Gremium beschlossen worden sind, ohne den Bauausschuss oder die Fraktionsvorsitzenden darüber zu informieren.

Dezernent Otto geht davon, dass Herr Kondratjuk die Zusammenkunft (Verhandlungsgespräch) mit den Architekten meine. Er erinnert, dass der Stadtrat beschlossen hat, das MGH als Ganzes, insbesondere den 2. BA zu bauen. Dafür sind die entsprechenden Mittel für die Haushaltsjahre 2012/13/14 eingeplant worden. Es ist ständig im Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss berichtet worden. Das was jetzt seit den Beschlüssen des Stadtrates stattfindet, ist ausschließliches Verwaltungshandeln, das im Wesentlichen durch die SALEG als Beauftragter der Stadt durchgeführt wird und zwar die Errichtung des Gebäudes. Aufgrund der Bausumme ist eine europaweite Ausschreibung durchgeführt worden, auf der sich 17 Architekturbüros beworben haben. Darüber ist ebenfalls im Bauausschuss berichtet worden. Nach einer Vorauswahl sind 3 A+I-Büros aufgefordert worden, einen Stehgreifentwurf zu erarbeiten. Dieser Entwurf ist dann vor ca. 1 ½ Wochen in der Stadt vorgestellt worden, zu der die Ausschussvorsitzenden der 3 Fachausschüsse eingeladen worden sind. Er möchte nochmals darauf hinweisen, dass es sich bei dieser Angelegenheit um ein reines Verwaltungshandeln handelt, das die SALEG hätte allein durchführen können.

Hinsichtlich der A+I-Büros denke er, dass eine gute Auswahl getroffen wurde; ein Berliner A+I-Büro hat den Zuschlag bekommen. Zur Planung findet demnächst eine 1. Beratung statt, an der auch der Paritätische Wohlfahrtsverband teilnehmen und auch zukünftig als Betreiber zur Verfügung stehen wird.

Stadträtin Blenkle hat im gestrigen Bauausschuss die Anregung gegeben, zukünftig in solche Jury-Angelegenheiten auch alle Fraktionen mit einzubinden. Wer daran teilnimmt – ob der jeweilige Ausschussvorsitzende oder Fraktionsvorsitzende - kann dann innerhalb der Fraktion geklärt werden.

Stadtrat Neuzerling schließt sich dem Gesagten von Frau Blenkle an.

Dezernent Otto sagt dazu, dass die Fraktionen stets informiert werden. Über den Fortlauf des 2. BA MGH werden die beiden Fachausschüsse (Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss/Bauausschuss) laufend informiert, in denen alle Fraktionen vertreten sind.

Stadtrat Kondratjuk möchte anmerken, dass er nichts unterstellen wollte. Es habe jemand aus der Fraktion eine Frage gestellt, die er nicht beantworten konnte, was für ihn unangenehm war. Die SPD-Fraktion hat keinen Ausschussvorsitzenden, so dass die Informationen fehlen.

Stadtrat Zeymer hat die gleiche Frage im gestrigen Bauausschuss gestellt. Er hatte auch keine Kenntnis von der besagten Veranstaltung. Die Fraktionsvorsitzenden werden fast zu jeder kleinen Einweihung von der Stadt eingeladen, aber nicht z. B. zur Eröffnung des Bahnhofes. Die Stadt vergebe sich nichts, wenn die Fraktionsvorsitzenden darüber informiert werden, was stattfindet.

- 13.4 **Stadtrat Neuzerling** spricht die KGSt an (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement). Er fragt nach, ob sich die Stadt Fremder bediene oder ob es Kontakte zur KGSt gibt.

Einerseits gibt es Kontakte zur KGSt und andererseits gibt es für alle Bereiche der kommunalen Verwaltung Arbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes (SGSA), die regelmäßig tagen und alle relevanten Fragen globalisiert werden. So wie auch auf Kreisebene eine Zusammenkunft mit allen Verwaltungsleitern erfolge und die aktuellen Probleme erörtert bzw. grundsätzliche Diskussionen geführt werden.

Der Kontakt zur KGSt ist gegeben; regelmäßige Kontakte bestehen von Seiten der Kämmerei, wobei er meine, dass eine Mitgliedschaft nicht mehr bestehe. Eine förmliche Mitgliedschaft außerhalb des SGSA gibt es seines Wissens nicht.

- 13.5 **Stadträtin Blenkle** hat die Aussage von der Kommunalaufsicht bekommen, dass es ein Antwortschreiben auf ihren Widerspruch zur Neubesetzung des Aufsichtsrates der Wobau gibt, das auch Herr Eichler erhalten habe. Es kann nicht sein, dass dieses Schreiben die Stadträte erst zu der Stadtratssitzung am 31.05.12 erhalten. Er hätte das umgehend an alle Stadträte zur Kenntnis geben müssen. Sie möchte nochmals betonen, dass sie nach wie vor die Position beziehe, dass es zwei Aufsichtsräte gibt, weil der erste nicht abgewählt worden ist. Sie denke, dass es legitim ist, dass sie Widerspruch bei der Kommunalaufsicht eingelegt hat.

Selbstverständlich werden alle Stadträte die besagten Schreiben (Widerspruch, Antwortschreiben LK) bekommen, nicht erst am 31.05.12, sondern zusammen mit der Versendung der Einladung zu nächsten Stadtratssitzung, was in zwei Wochen sein wird, so **Dezernent Otto**. Gleichzeitig setzt er davon in Kenntnis, dass der Landkreis genauso zu dem Ergebnis gekommen ist wie Herr RA Dr. Backhaus, der von der Wobau beauftragt worden ist und zwar, dass es keine Gründe zur Beanstandung gibt.

An dieser Stelle macht er nochmals deutlich, dass der Stadtrat mit der Wahl des neuen Aufsichtsrates den alten abgewählt habe. Es bedarf keines ausdrücklichen Abberufungsbeschlusses, weder gesellschafts- noch kommunalrechtlich.

Stadträtin Blenkle hat die Aussage vom Landkreis erhalten, dass er es für ‚beschämend‘ halte, was dazu in der Stadtratssitzung gelaufen ist. In der Stadtratssitzung ergab sich die Frage, wenn der Aufsichtsrat mit einem neuen Gesellschaftsvertrag aufgelöst wurde, wer dann eigentlich in der Zwischenzeit von Juni 2011 bis zum Februar 2012 die Geschicke des Aufsichtsrates geleitete. Es ist lediglich die Meinung vertreten worden, dass das Opportunitätsprinzip berücksichtigt werden kann. Sie weiß, dass sich die Verwaltung mehrfach bestimmte Dinge zurechtdrehte, bis sie passten.

Sie wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass ihr Gesagtes auch so zum Tragen kommt. Die Einstellung der Stadt - der Stadtrat hat entschieden und stimmt über das Aktiengesetz und GmbH-Gesetz ab – ist für sie schon gewagt. Wie ein Stadtrat einfach einmal eine bestimmte Gesetzgebung aushebeln kann, finden bestimmte Leute auch sehr lustig, wenn mit ihnen darüber gesprochen wird.

Dezernent Otto nochmals dazu – Die Kommunalaufsichtsbehörde hat die Möglichkeit der Beanstandung; sie habe auch die Pflicht zu beanstanden, wenn rechtswidrig vorgegangen wird. Wenn sie nicht beanstandet und das in einem Telefonat mit Frau Blenkle gleich begründet und hier etwas anderes gesagt wird, dann hat das nicht unbedingt etwas mit Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit des Handelns zutun, sondern damit, dass Mitarbeiter/innen des Landkreises bisweilen ‚nicht den nötigen Hintern in der Hose haben‘ zu dem zu stehen, was sie schriftlich herausgegeben haben. Das ändere aber nichts an der Rechtslage.